



Berlin-Express

Nr. 12

*Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern
ein fröhliches Weihnachtsfest
und alles Gute für's neue Jahr.*

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
Bei Anruf Ärger: Unerlaubte Telefonwerbung	2
Das Märchen von der sauberen Atomkraft	2
S-Bahn Fischbach: Planungen werden überprüft	3
Aus meinem Terminkalender	3
Dumping-Löhne im Schienen-Regionalverkehr	4
Das aktuelle Schlagwort	4
Neues Faltblatt: Mindestlohn	4

Impressum:

V.i.S.d.P.
Martin Burkert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.martin-burkert.de

Redaktion: Matthias
Bach, Cornelia Wittmann
Bilder: Dt. Bundestag/
Lichtblick/Mende (1), Dt.
Bundestag (1), pixelio/
Beßler (1), Dt. Atomforum
(1), A. Seilkopf (1), Trans-
net (1), spdfraktion.de (1)

**Liebe Genossinnen
und Genossen,
liebe Leserinnen und
Leser,**

als Abgeordneter wird man oft angesprochen, man wird zum Teil auch gescholten, manchmal wird man bevorzugt behandelt und hin und wieder bekommt man viel Vertrauen geschenkt: So ein Geschenk wurde mir Anfang Oktober zuteil, als mich die Genossinnen und Genossen vor Ort für die nächste Bundestagswahl als ihren Kandidaten nominiert haben. Doch das Geschenk ist noch größer, denn sie haben sich für meine Arbeit bedankt, mir gratuliert, für die kommenden Aufgaben alles Gute gewünscht und mir ihre Unterstützung zugesagt. Dafür bin

ich sehr dankbar. Ende November gab es noch mal ein „vorweihnachtliches Geschenk“: Von den Delegierten des Transnet-Gewerkschaftstags in Berlin bin ich in den geschäftsführenden Vorstand gewählt worden. Zwei Ämter – zwei große Verantwortungen. Zwei Aufgaben, die ich mit vollem Engagement ausfüllen werde, denn Einsatz ist hier wie dort gefragt: im Bundestag, wenn es zum Beispiel um unerlaubte Telefonwerbung geht, für die Umwelt, wenn es gilt, die Mär von der sauberen Atomkraft zu widerlegen, vor Ort, wenn ich mich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetze – wie am S-Bahnhof Fisch-



bach – oder, wenn es um faire Bezahlung in der Schienenverkehrsbranche geht. Lesen Sie das alles in der aktuellen Ausgabe des „Berlin-Express“ nach. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei. Herzlichst
Ihr

Martin Burkert



Bei Anruf Ärger: Unerlaubte Telefon- werbung

Am 12. November haben wir im Bundestag den Gesetzentwurf zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung beraten. Unerwünschte Telefonwerbung hat sich in letzter Zeit wahrlich zu einer erheblichen Belästigung für die Verbraucherinnen und Verbraucher entwickelt. Außerdem werden vermehrt Fälle von vermeintlich oder tatsächlich „untergeschobenen“ Verträgen – insbesondere im

Zusammenhang mit Telefonwerbung – bekannt. Bereits nach geltendem Recht ist die Werbung mit Telefonanrufen rechtswidrig, wenn sie ohne vorherige Einwilligung erfolgt. Die Durchsetzung des geltenden Rechts stößt in der Praxis allerdings auf Schwierigkeiten: Meist liegen die erforderlichen Angaben zu dem Anrufer gar nicht vor. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn dieser seine Rufnummer unterdrückt. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen deshalb künftig generell Verträge widerrufen können, die sie am Telefon abgeschlossen haben. Dies gilt dann auch für te-

lefonisch geschlossene Verträge über die Lieferung von Zeitungen oder Zeitschriften sowie über Wett- und Lotteriedienstleistungen. Mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro sollen die Verstöße gegen das Verbot der unerlaubten Telefonwerbung künftig geahndet werden – wir hoffen, dass das abschreckend wirkend wird. Schließlich soll auch die Rufnummernunterdrückung bei Werbung mit einem Telefonanruf verboten werden. Verstöße hiergegen sollen ebenfalls empfindlich mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro belegt werden können.

Das Märchen von der sauberen Atomkraft

Immer wieder hört man das Märchen von der sauberen Atomkraft. Die Argumente der Befürworter der Kernenergie – nämlich, sie emittiere kein CO₂ – ist nur auf den ers-



So wirbt das Deutsche Atomforum e.V.: Atomkraftwerk Isar 2 als „Klimaschützer der Woche“

ten Blick einleuchtend. Denn Fakt ist: Wenn man die Emissionen von Atom-

kraftwerken „von der Wiege bis zur Bahre“ erfasst, wie es für die Berechnung des Gesamtenergieaufwandes erforderlich ist, sieht man, dass bei der Atomkraft der Energieverbrauch bei den vor- und nachgeschalteten Prozessen erheblich ist: beim Bau der Kraftwerke, der Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten, beim Abbau und Transport von Uran sowie bei der Brennstäbeaufbereitung. Nicht zu vergessen: das ungelöste Atomüllproblem, die exorbitanten Kosten, die Endlichkeit von Uran, die Förderung von Uran in Afrika unter menschenunwürdigen, gesundheitsgefährdenden Bedingungen, das

Risiko eines Super-GAU, die Möglichkeit eines Terroranschlags etc. Jedes einzelne Argument allein ist Grund genug, die Nutzung der Atomenergie nicht zu verlängern. Das Gegenargument, dass wir die Atomenergie bräuchten, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, ist schlichtweg falsch. Nur indem die Atomlobby die immer gleichen Pseudo-Argumente pro Atomkraft wiederholt, werden die Aussagen trotzdem nicht wahr. Klimaschutz ist unsere größte Aufgabe für die Zukunft. Mit Antworten von gestern können wir die Probleme von morgen nicht lösen. Allein den Erneuerbaren Energien gehört langfristig die Zukunft.

S-Bahn Fischbach: Planungen werden überprüft



Martin Burkert vor Ort bei der Besichtigung des S-Bahnhofs Fischbach

Das S-Bahnnetz Nürnberg wird erweitert. Neue Linien nach Forchheim, Ansbach und Neumarkt ergänzen das bestehende Angebot. Kein Grund zur Klage also, könnte man meinen. Bei den Bewohnern Fischbachs hält sich die Freude

allerdings in Grenzen: An ihrer Station wird ein neuer Bahnsteig errichtet. Die Züge der S 2 Nürnberg-Aldorf sollen künftig dort halten. Das bestehende Gleis wird dann für die Linie nach Neumarkt genutzt – halten werden die Züge der neuen Linie in Fischbach allerdings nicht. Dies ist eine Enttäuschung. Schlimmer ist jedoch, dass der neue Bahnsteig, über den fast der gesamte Verkehr abgewickelt werden soll, nur einen – und keinen zweiten – Zugang zur Löwenberger Straße erhalten soll. Jeder, der von der S-Bahn auf die Busse stadtauswärts umsteigen will, muss dann die stark befahrene Löwenberger

Straße überqueren. Bisher gibt es einen direkten Zugang. Für rund 500 Fahrgäste täglich – darunter viele Schüler – würde sich die Situation damit klar verschlechtern. Gemeinsam mit meiner Stadtratskollegin Christine Grützner-Kanis habe ich mich deshalb dafür stark gemacht, dass ein zweiter Zugang gebaut wird. Unseren Initiativen ist es zu verdanken, dass die Pläne der Bahn jetzt überprüft werden. Zum Knackpunkt könnte nun die Kostenfrage werden. In einem Brief an den bayerischen Verkehrsminister habe ich jedoch unmissverständlich klar gemacht, dass keinesfalls an der Sicherheit gespart werden darf.

10.12. 18:00 Uhr
Vorsorgeveranstaltung, Nürnberger Herz-
hilfe, Worzeldorf, Gasthof Wiesengrund

11.12. 18:00 Uhr
SPD Nürnberg Neumitgliederversamm-
lung, Karl-Bröger-Zentrum

13.12. 10:00 Uhr
SPD Landesvertreterversammlung, Gun-
zenhausen (Stadthalle)

16.12. 09:30 Uhr
Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der
SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

17.12. 17:00 Uhr
Sitzung des Unterausschusses Eisen-
bahninfrastruktur, Berlin

20.12. 15:00 Uhr
Weihnachtsfeier des Eisenbahnvereins
Nürnberg, Gesellschaftshaus Gartenstadt

11.01. 10:45 Uhr
Neujahrsempfang der SPD Ottensoos,
Bürgerbegegnungsstätte

13.01. 14:00 Uhr
Bahnhofsbegehung, anschließend
Diskussion, Schwabach

14.01. 16:00 Uhr
Neujahrsempfang der Stadt Nürnberg

15.01. 18:00 Uhr
SPD Nürnberg Parteiausschuss, Karl-
Bröger-Zentrum

16.01. 10:00 Uhr
Klausursitzung der SPD-
Bundestagsfraktion, Berlin

16.01. 19:00 Uhr
Neujahrsempfang der SPD Reichels-
dorf, Evangelisches Gemeindehaus

19.01. 09:30 Uhr
Besuch der Firma Zapf in Behringers-
dorf mit MdL Angelika Weikert

19.01. 19:00 Uhr
Neujahrsempfang der SPD-
Bundestagsfraktion, Berlin

aus
meinem

TERMINKALENDER

Dumping-Löhne im Schienen-Regionalverkehr

„Warum verliert die DB AG immer mehr Ausschreibungen im Regionalverkehr“, wurde ich erst kürzlich bei einem Gespräch mit einer Besuchergruppe gefragt. Ich sagte, dass eine pauschale Aussage schwierig sei und eigentlich jeder Fall einzeln betrachtet werden müsse.

Dazu zog ich ein Beispiel heran, über das ich mich sehr empört habe: Ab dem 14. Dezember 2008 übernimmt die Ostdeutsche Eisenbahn GmbH (ODEG) den Betrieb auf der Lausitzbahn.

**billiger! besser?
bescheuert!**

**für fairen
Wettbewerb
im Regionalverkehr**

Der Verkehr umfasst vier Linien im Raum Cottbus und Görlitz. Die ODEG setzte sich in der Aus-

schreibung gegen die DB Regio durch, da sie wesentlich weniger für ihre Personalkosten kalkuliert: Auf der Berechnungsbasis eines 27-jährigen unverheirateten, kinderlosen Mannes liegt der Stundenlohn für einen Zugbegleiter bei der DB Regio bei 13,10 Euro. Nach dem geltenden Tarifvertrag erhalte die gleiche Person bei der ODEG nur 10,20 Euro. Soweit, so bekannt, schließlich gibt es keinen Branchentarifver-

trag, nach dem alle Anbieter gleich hohe Löhne zahlen müssten. Doch leider war das der ODEG immer noch nicht genug. Sie beauftragte eine Firma für Gebäudedienstleistungen als Subunternehmen. Diese Firma warb Reinigungspersonal an, das nun die Aufgaben der Zugbegleiter übernehmen soll – für einen Stundenlohn von gerade einmal 7,95 Euro!

Seriöse Anbieter – egal welchen Konzerns – haben bei solchen Methoden natürlich keine Chance, eine Ausschreibung zu gewinnen. Daher habe ich mich für eine gesetzliche Initiative ausgesprochen, um hier einen Riegel vorzuschieben. Mit dem Bundesverkehrsministerium habe ich hierfür bereits Kontakt aufgenommen.

Das aktuelle Schlagwort

Ausschreibungen im Schienenverkehr. Im Zuge der Bahnreform von 1993/1994 wurde die Daseinsvorsorge für den Schienenverkehr von der Bahn auf die Bundesländer übertragen. Die Bundesländer erhalten hierzu pro Jahr mehr als 6,6 Milliarden Euro vom Bund. Mit diesen Finanzhilfen, die Regionalisierungsmittel genannt werden, kaufen die Bundesländer Verkehrsleistungen von Anbietern wie der DB Regio AG oder Veolia ein. Der Einkauf erfolgt zum größten Teil über Ausschreibungen. Damit sollen die Kosten für die Bundesländer gesenkt und die Angebote für die Kunden attraktiver gemacht werden. Probleme treten allerdings auf, wenn einzelne Anbieter versuchen, mit Dumping-Angeboten auf den Rücken der Beschäftigten Kasse zu machen.

Neues Faltblatt

Das Faltblatt „**Faire Entlohnung für gute Arbeit - Für einen flächendeckenden Mindestlohn**“ der SPD-Bundestagsfraktion zeigt auf, dass rund 6,5 Millionen Menschen in Deutschland Niedriglöhne erhalten. Das waren 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten im Jahr 2006. Für uns ist klar: Wettbewerb muss über gute Produkte und Dienstleistungen, effizientes Management und kluge Ideen stattfinden - nicht über Niedriglöhne. Nur so bringen wir den Standort Deutschland voran. Deshalb machen wir uns für einen flächendeckenden Mindestlohn stark. (4 Seiten, Oktober 2008)

⇒ **Abzuholen** im Wahlkreisbüro in der Karl-Bröger-Straße 9, Nürnberg, oder **kostenlos zu bestellen** im Internet unter www.spdfraktion.de

Faire Entlohnung für gute Arbeit

